

Boss, Alfred; Flemig, Günter; Langfeldt, Enno; Trapp, Peter; Walter, Norbert

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: vor einem erneuten Rückgang des Sozialprodukts

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Flemig, Günter; Langfeldt, Enno; Trapp, Peter; Walter, Norbert (1982) : Bundesrepublik Deutschland: vor einem erneuten Rückgang des Sozialprodukts, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 21-37

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3168>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Vor einem erneuten Rückgang des Sozialprodukts

Von Alfred Boss, Günter Flemig, Enno Langfeldt, Peter Trapp und Norbert Walter

1. Trotz einer kräftigen Zunahme der Ausfuhr hielt die seit dem Sommer 1980 andauernde Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der Bundesrepublik Deutschland im Winterhalbjahr 1981/82 an (Schaubild 1). Die Kapazitätsauslastung nahm weiter ab, und die Zahl der Arbeitslosen stieg bis zum Frühsommer 1982 auf rd. 1,8 Millionen. Der Preisanstieg hat sich nach der Jahreswende deutlich abgeschwächt, zuletzt lag die Teuerungsrate im Vorjahresvergleich bei etwa 5 vH. Die Leistungsbilanz war seit dem Winterhalbjahr etwa ausgeglichen.

Anhaltende Schwäche der Inlandskonjunktur

2. Die realen Inlandsausgaben sind im Winterhalbjahr 1981/82 nochmals merklich gesunken. Sie waren damit um etwa 4,5 vH niedriger als vor Beginn der Rezession im Winterhalbjahr 1979/80. Der konjunkturelle Rückgang wurde von der restriktiven Geld- und Finanzpolitik ausgelöst. Die Wachstums- und Beschäftigungsverluste waren so groß, weil der kontraktive Kurs der Wirtschaftspolitik bei dem Lohn- und Preisverhalten kaum berücksichtigt wurde. Die Tarifpartner einigten sich trotz steigender Arbeitslosigkeit nur zögernd und nicht in ausreichendem Maße auf Lohnzurückhaltung, und die Unternehmen reagierten – wohl auch wegen der kräftig expandierenden Auslandsnachfrage – kaum angemessen mit Preiszurückhaltung auf die inländische Nachfrageschwäche.

3. Die Geldpolitik hatte ihren restriktiven Kurs Anfang 1981 aus außenwirtschaftlichen Gründen noch einmal spürbar verschärft. Dies führte dazu, daß die Geldmenge M1 im Laufe des Jahres stagnierte. Erst seit Ende 1981 ist wieder eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Allein schon diese drastische Drosselung der monetären Expansion ließ einen Rückgang der Inlandsnachfrage erwarten. Hinzu kam, daß die finanzpolitischen Instanzen Ausgaben gekürzt und Steuern erhöht haben, also die Nachfrage dämpften. Es ist jedoch nicht gelungen, durch diese Konsolidierungsmaßnahmen das Vertrauen in die Finanzpolitik zu erhöhen. Insgesamt wirkte die Finanzpolitik daher kontraktiv.

4. Die Investitionsneigung hat sich im Winterhalbjahr weiter abgeschwächt. Angesichts anhaltend ungünstiger Absatzaussichten im Inland und sich verschlechternder Exportperspektiven haben die Unternehmen ihre Nettokreditaufnahme verringert, Finanzanlagen gebildet und versucht, ihre Liquiditätsposition zu verbessern. Zudem haben sie wohl auch deshalb geplante Investitionen zurückgestellt, weil unsicher war, wie die angekündigten Investitionsanreize ausgestaltet und finanziert werden sollten. Die Investitionstätigkeit war daher im Winterhalbjahr 1981/82 weiter rückläufig (Schaubild 2). Der Beschäftigungsabbau hat sich in allen Bereichen fortgesetzt. Dieser Trend hielt nicht zuletzt deshalb an, weil wegen der noch immer relativ hohen Reallöhne Investitionen vor allem zur Einsparung von Arbeit vorgenommen wurden.

5. Auch die realen Ausgaben der privaten Haushalte sind im Winterhalbjahr merklich gesunken (Schaubild 3). Dabei war die Einschränkung des privaten Verbrauchs stärker als die gleichzeitige Abnahme des realen verfügbaren Einkommens. Die unsichere Wirtschafts-, insbesondere Arbeitsmarktlage hatte die Verbraucher wohl zu ausgeprägter Zurückhaltung

Schaubild 1

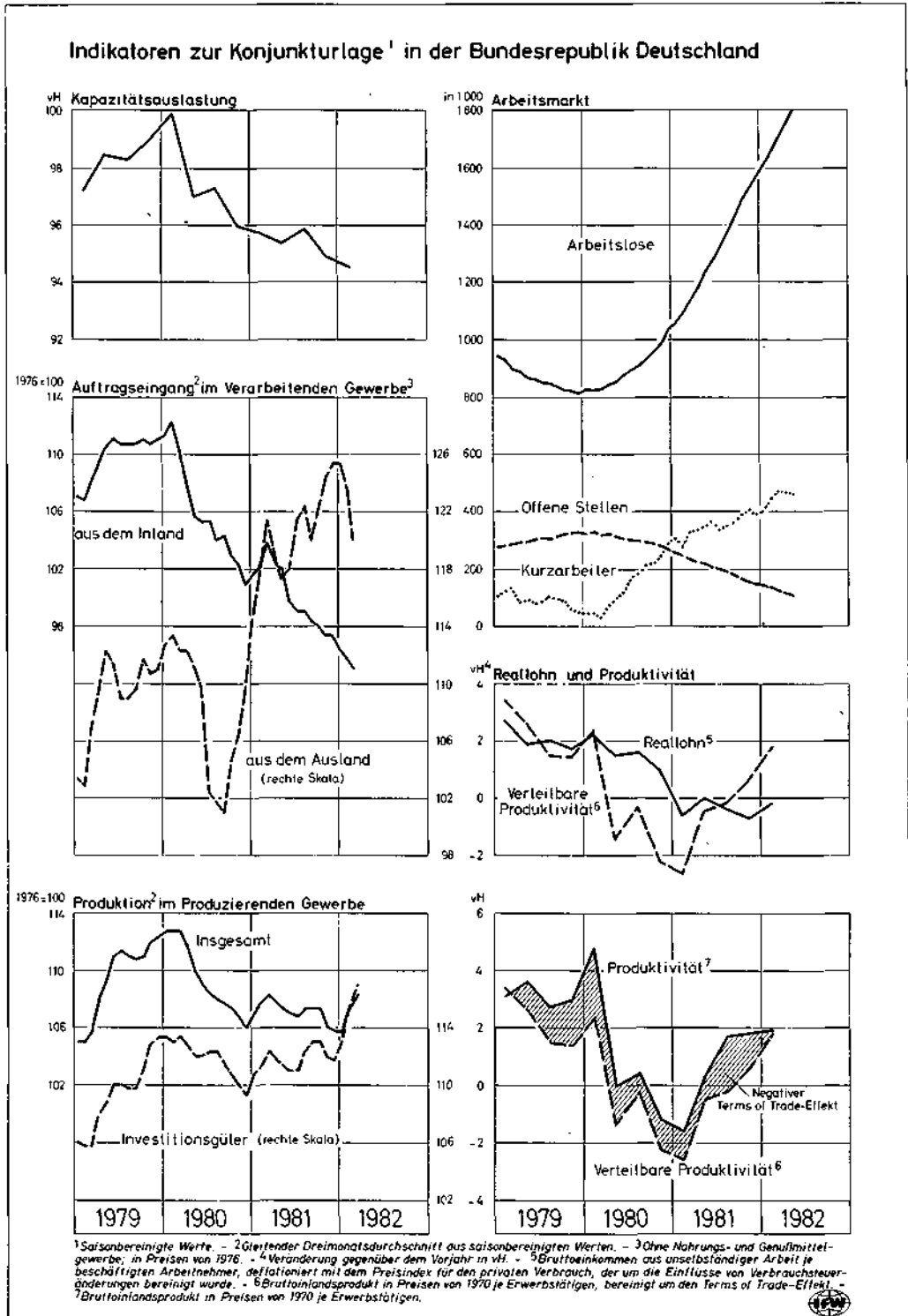
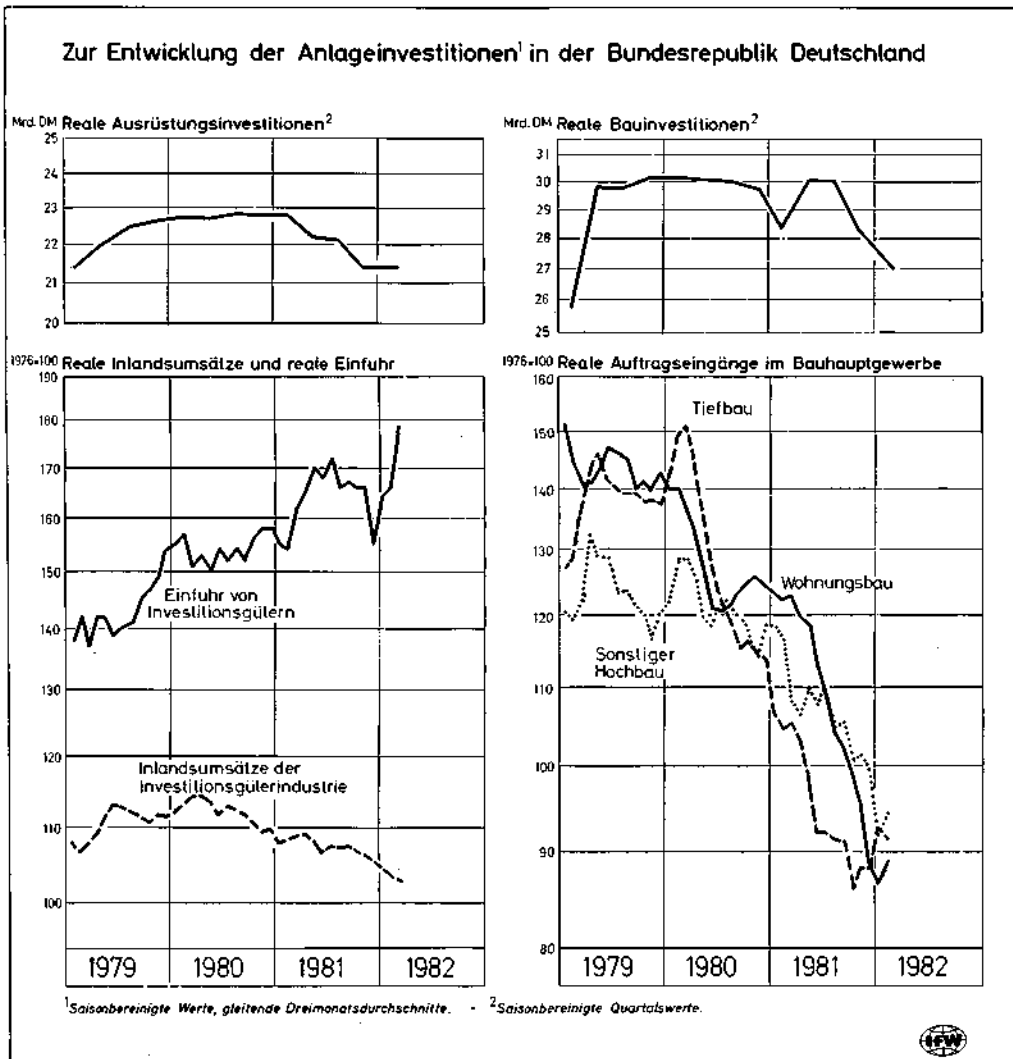


Schaubild 2



veranlaßt. So gaben die Käufe von PKW nach der Jahreswende 1981/82 nochmals deutlich nach. Auch bei Hausrat und Textilien gingen die realen Umsätze des Einzelhandels weiter zurück. Die Reiseausgaben blieben - preis- und wechselkursbereinigt - auf niedrigem Niveau, sie sind seit 1979 praktisch nicht mehr gestiegen.

Konjunkturstützende Wirkung der Exporte schwächt sich ab

6. Die Expansion der realen Warenexporte hat sich im Verlauf des Winterhalbjahrs zwar deutlich verlangsamt, doch hat die Ausfuhr noch immer entscheidend dazu beigetragen, einen Rückgang der Produktion zu verhindern (Schaubild 4). Die Zunahme der deutschen Ausfuhr ist angesichts der weltweiten Konjunkturschwäche bemerkenswert hoch. Ausschlaggebend für die anhaltend gute Ausfuhrentwicklung dürfte der infolge der hohen realen

Schaubild 3

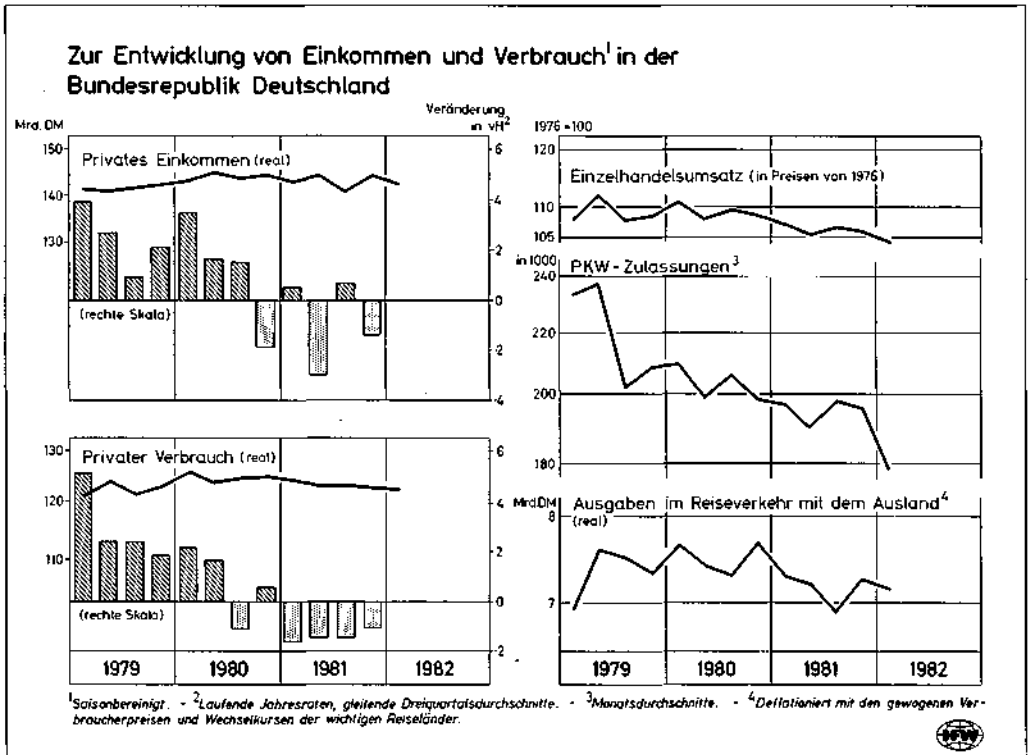
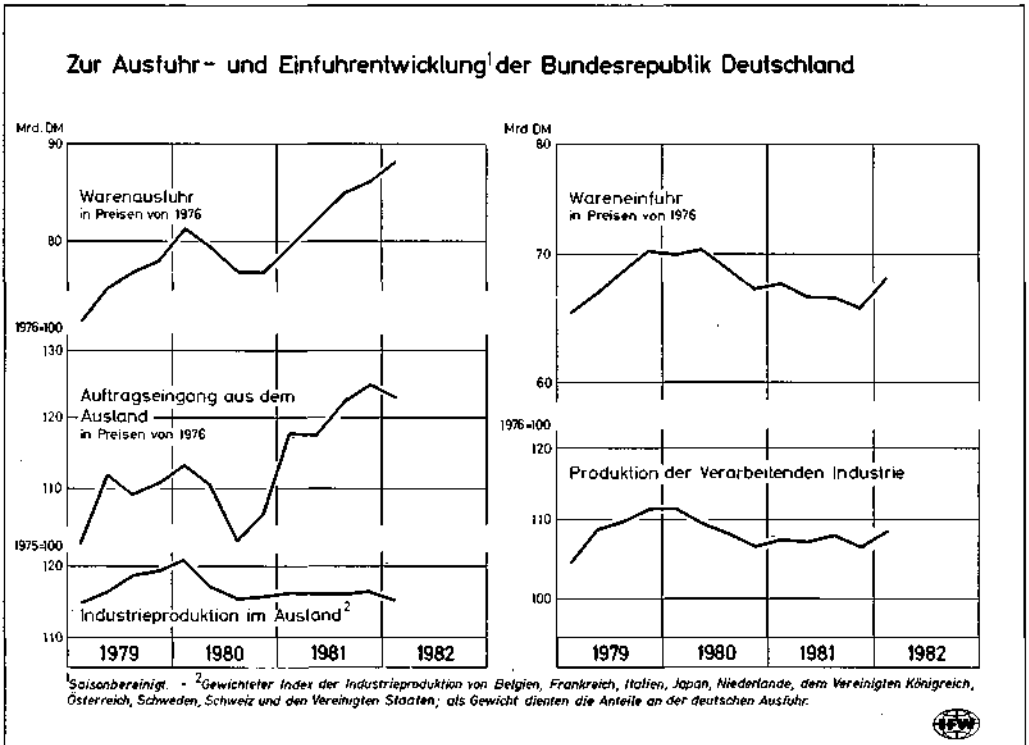


Schaubild 4



Abwertung der D-Mark entstandene Vorteil im Preiswettbewerb gewesen sein. Dies trug auch dazu bei, daß die deutschen Anbieter ihren Marktanteil in den ölproduzierenden Ländern stark ausweiten konnten; die Exporte dorthin waren trotz sinkender Öleinnahmen bis zuletzt sehr kräftig. Die Erwartung von Paritätsänderungen dürfte dazu geführt haben, daß die Ausfuhren in die EG-Partnerländer – insbesondere nach Frankreich, aber auch nach Belgien – im Frühjahr ungewöhnlich stark zunahmen.

7. Besonders kräftig stiegen die Lieferungen der Kraftfahrzeugindustrie, wobei den deutschen Herstellern wohl auch zugute kam, daß auf den europäischen Absatzmärkten die japanischen Konkurrenten vielfach behindert wurden. Die Nachfrage des Auslands nach Investitionsgütern spiegelt das Überwiegen des Rationalisierungsmotivs gegenüber der Kapazitätsausweitung wider: Während die Ausfuhr von Datenverarbeitungsgeräten ungewöhnlich stark zunahm und auch die von elektrotechnischen Erzeugnissen überdurchschnittlich expandierte, gingen die Auslandslieferungen des Maschinenbaus nach der Jahreswende zurück.

8. Seit Anfang 1982 hat sich der Anstieg der Ausfuhr spürbar abgeschwächt. Dazu hat beigetragen, daß

- die Nachfrage aus den Vereinigten Staaten wegen der sich verschärfenden Rezession nicht mehr steigt,
- die Bestellungen der Entwicklungsländer wegen sinkender Rohstoffpreise und Devisenmangels kaum noch zunehmen und
- die Staatshandelsländer ihre Importnachfrage wegen der hohen Auslandsverschuldung gedrosselt haben.

Was hemmt die Besserung der Inlandsnachfrage?

9. Auf den ersten Blick scheint es, als ob sich die Chancen für eine Überwindung der Rezession seit dem Winterhalbjahr 1981/82 merklich verbessert haben. Die Industrieproduktion ist wieder gestiegen. Die Leistungsbilanz hat sich aktiviert. Die Lohnabschlüsse sind wesentlich niedriger ausgefallen als im Vorjahr. Das starke Inflationsgefälle gegenüber einigen Mitgliedsländern im EWS hat Kapitalzuflüsse bewirkt und Aufwertungserwartungen für die D-Mark geschaffen. Damit hat die Bundesbank Spielraum für eine Lockerung der Geldpolitik gesehen. Sie hat die Refinanzierungssätze schrittweise gesenkt und das Zentralbankgeldangebot erweitert. Positiv wirkte auch der Rückgang der Importpreise und die daraus resultierende Verbesserung der Terms of Trade. Diese hat dazu beigetragen, daß die Unternehmensgewinne wieder steigen. Aufgrund dieser Faktoren wird vielfach erwartet, daß sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr 1982 wieder belebt.

10. Die anhaltende Abnahme der Investitionen und der Rückgang des privaten Verbrauchs signalisieren jedoch, daß die Stimmung in den Unternehmen und bei den Verbrauchern wesentlich schlechter ist, als es die durch den Export gestützte Produktionsentwicklung vermuten läßt. Der bisherige Rückgang der Zinsen und die Zunahme der Gewinne reichen angesichts der durch die Restriktionspolitik bewirkten Nachfragekontraktion und anhaltend hohen Kostendrucks offensichtlich nicht aus, um die Investitionstätigkeit anzuregen. Die Verbesserung der Gewinne, soweit sie aus dem kräftigen Anstieg des Exports herrührt, trug auch deshalb wenig dazu bei, die Investitionsneigung zu erhöhen, weil vielfach nicht mit einer Fortsetzung der überaus günstigen Exportentwicklung gerechnet wurde. Selbst wenn die Bundesbank ihren Kurs der vorsichtigen Lockerung fortsetzt, ist kaum damit zu rechnen, daß sich die Ertrags Erwartungen schon bald entscheidend verbessern, da der Kosten-

druck sich nur allmählich abbauen läßt und die Preisüberwälzungsspielräume eng begrenzt bleiben werden. Erst wenn sich auch die Nachfrage erholt, weil die Abnahme der Inflationsrate so weit fortgeschritten ist, daß die reale Geldmenge stärker expandiert und der Zinsrückgang an Fahrt gewinnt, ist zu erwarten, daß sich die Ertrags Erwartungen spürbar erholen und sich die Investitionstätigkeit belebt.

11. Inflationsbedingte Verzerrungen der Finanzierungsstruktur tragen dazu bei, die Rezession zu verlängern. Ende der siebziger Jahre haben viele Unternehmen angesichts zunehmenden Nachfragedrucks und erneuter Inflationsbeschleunigung ihre Gewinne durch einen starken Einsatz von Fremdkapital zu erhöhen versucht. Zu einer entsprechenden Stärkung der Eigenkapitalbasis ist es aber nicht gekommen. Diese Unternehmen haben besonders stark unter der Restriktionspolitik gelitten; denn bei sinkender Kapazitätsauslastung und schrumpfenden Überwälzungsspielräumen war rasch der Punkt erreicht, an dem der Erlös die Produktionskosten und den Kapitaldienst nicht mehr deckte. Bei solchen Unternehmen wird es – sofern sie nicht bereits illiquide geworden sind – auch bei steigender Nachfrage geraume Zeit dauern, bis sie sich finanziell so weit erholt haben, daß sie wagen, neue Expansionspläne zu realisieren. Nicht nur Unternehmen, auch viele private Haushalte überschätzten in Erwartung anhaltender Inflation und weiterer Realeinkommenssteigerungen ihre Verschuldungskapazität und müssen ihre Ausgabenneigung drastisch zurückführen, um den Zins- und Tilgungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Finanzpolitik wird wachstumspolitischen Erfordernissen nicht gerecht

12. Mit der Operation '82 und der Gemeinschaftsinitiative für Arbeit, Wachstum und Stabilität hat die Regierung einige Maßnahmen beschlossen, die das Wirtschaftswachstum begünstigen. So wurden z.B. die Abschreibungsregelungen für Ausrüstungen und Bauten investitionsfreundlicher gestaltet. Während diese Maßnahme dazu beiträgt, die Ertrags Erwartungen auf mittlere Sicht zu erhöhen, dürfte die Investitionszulage die Erwartungen kaum nachhaltig verbessern. Sie wird daher wohl kaum für einen dauerhaften Anstieg der Investitionstätigkeit sorgen, sondern vor allem das zeitliche Profil der Unternehmensinvestitionen beeinflussen.

13. Angesichts des sich abzeichnenden Anstiegs des Staatsdefizits im Jahr 1983 wird es wohl zu weiteren Eingriffen in die Leistungsgesetze kommen. Zusammen mit der Investitionszulage ist beschlossen worden, die Rentenanpassung zum 1.1.1984 um einen Prozentpunkt zu kürzen, um den zu erwartenden Rücklagenabbau in der Rentenversicherung zu begrenzen. Im Gespräch sind auch geringere Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose (durch eine Änderung der Bemessungsgrundlage für diese Beiträge), eine Korrektur der jetzt vereinbarten Rentenanpassung zum 1.1.1983 in Höhe von 5,7 vH sowie Kürzungen des Mutterchaftsgeldes. Angesichts der gegenwärtigen politischen Situation sind jedoch wegweisende Umgestaltungen und Kürzungen bei den Transferzahlungen wenig wahrscheinlich.

14. Somit werden die zu erwartenden Korrekturen der staatlichen Ausgabenstruktur das Wachstum nur in geringem Maße fördern. Die positiven Effekte werden zudem durch Maßnahmen, die in die andere Richtung wirken, zumindest zum Teil aufgehoben werden. So dürften die Gemeinden ihre Finanzprobleme wohl auch 1983 durch höhere Hebesätze bei der Gewerbesteuer zu mildern versuchen. Wahrscheinlich werden bei der Haushaltsplanung 1983 die Steuern dadurch erhöht, daß Steuervergünstigungen abgeschafft werden. Zu der im Grundsatz schon beschlossenen Einkommensteuerentlastung zum 1.1.1984 wird es wohl nicht kommen. Im Gegenteil, es ist nicht auszuschließen, daß durch eine Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen die Progression verschärft und dadurch die Leistungs- und Investitionsbereitschaft noch weiter herabgesetzt wird.

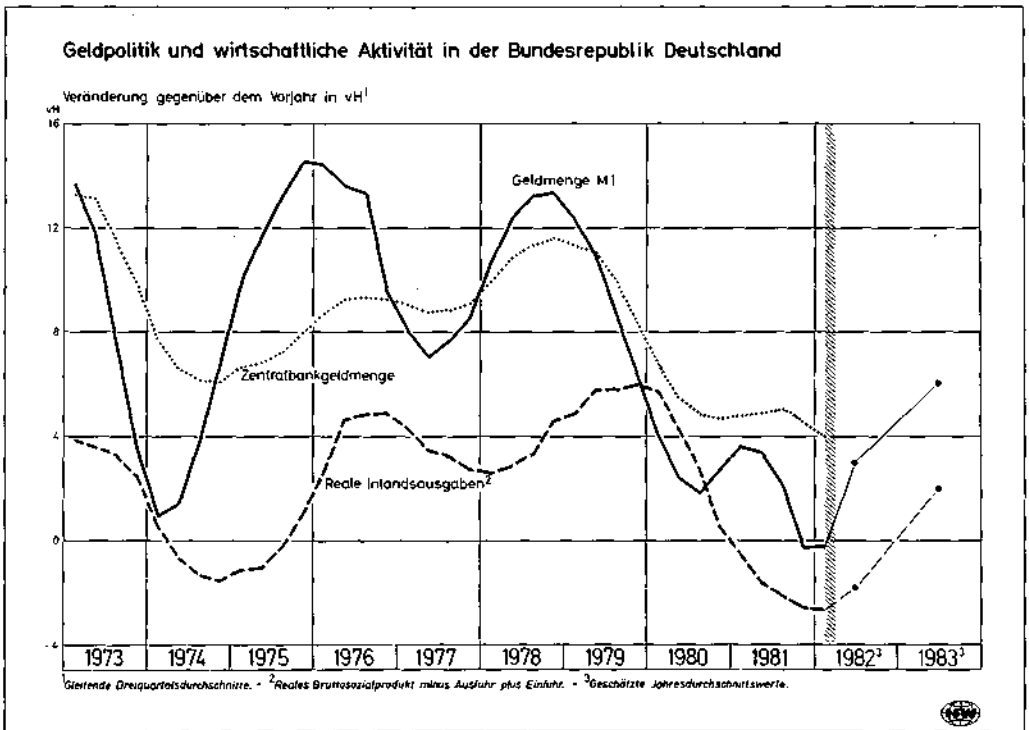
15. Insgesamt steht damit eine klare Entscheidung der Finanzpolitik für einen wachstumsfördernden Kurs, also für eine angebotspolitische Ausrichtung, noch aus. Gleichzeitig ist abzusehen, daß der Staat in dem Bemühen, das öffentliche Defizit zu begrenzen, weiterhin nachfragedämpfend wirken wird. Hinzu kommt, daß die Regierung bei der Haushaltsplanung 1983 zu optimistische Annahmen zugrunde legt, so daß bald „Nachoperationen“ erforderlich werden. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist das Risiko groß, daß sich die Diskussion über Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen lange hinziehen und so die Unsicherheit der Unternehmen und privaten Haushalte erhöhen wird. Dies wird nicht nur die Bereitschaft dämpfen, in Produktionsanlagen und dauerhafte Konsumgüter zu investieren, sondern auch den Attentismus auf den Finanzmärkten verstärken.

Geldpolitik: Chancen für einen potentialorientierten Kurs

16. Der künftige geldpolitische Kurs dürfte, wie schon in den vergangenen Jahren, entscheidend von der außenwirtschaftlichen Entwicklung abhängen. In der hier vorliegenden Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung ist unterstellt, daß sich das Austauschverhältnis zum US-Dollar 1982 im großen und ganzen nur wenig verändert und daß es 1983 zu einer allmählichen Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar kommt. Erneute Spannungen im EWS werden durch Paritätsänderungen – wenn nicht durch ein Ausscheiden der betroffenen Währung aus dem EWS – oder durch eine straffere Geldpolitik in den Schwachwährungsländern abgebaut. Unter diesen Voraussetzungen erscheint es wahrscheinlich, daß die Geldpolitik für eine mäßige – etwa potentialorientierte – Ausweitung der Geldmenge sorgt. Die Geldmenge M1, die eine relativ enge Beziehung zur Entwicklung der Inlandsausgaben aufweist, dürfte mit einer laufenden Rate von rd. 6 vH zunehmen (Schaubild 5). Die expansiven Wirkungen einer solchen Politik werden um so früher und um so stärker eintreten, je rascher der Kosten- und Preisauftrieb gedämpft werden kann. Da bei Nachfragerückgängen in der Regel zuerst mit Produktionseinschränkungen und Beschäftigungsabbau reagiert wird und erst später mit einer flexibleren Preispolitik und mit mehr Lohnzurückhaltung, dürfte es allerdings geraume Zeit dauern, bis die anregenden Effekte der Geldpolitik wirksam werden.

17. Es ist allerdings auch denkbar, daß die Geldmengenausweitung nicht stetig und potentialorientiert verläuft. Risiken bestehen in beiden Richtungen. Es ist nicht auszuschließen, daß der DM/\$-Kurs noch einmal steigt, sei es wegen eines erneuten Zinsanstiegs in den Vereinigten Staaten oder weil die finanzpolitischen Probleme in Bonn das Vertrauen in die D-Mark schwächen. Auch im EWS könnte die D-Mark nach der Paritätsanpassung vom Juni 1982 wieder zur Schwäche neigen, wenn die hohen Zinsen in anderen Mitgliedsländern und die Erwartung, daß es kurzfristig keine neuen Wechselkurskorrekturen gibt, zu stärkeren Kapitalabflüssen führen. Möglicherweise werden die Kapitalverkehrskontrollen in anderen EWS-Ländern jedoch abschreckend auf die Anleger wirken. Sollte es dennoch zu einer Zunahme des Kapitalexports kommen, so könnte die Bundesbank sich veranlaßt sehen, die Liquidität etwas knapper zu halten und die Geldmengenausweitung zu drosseln, um zu verhindern, daß ein erneuter Importpreisanstieg die Stabilisierung des Preisniveaus gefährdet. Umgekehrt könnte es, insbesondere 1983, wenn die dann wohl notwendigen Paritätsanpassungen im EWS hinausgeschoben werden, durchaus zu länger anhaltenden und stärkeren Kapitalzuflüssen kommen, die sich nicht ohne weiteres durch liquiditätsabschöpfende Maßnahmen neutralisieren lassen und somit zu einer verstärkten Geldmengenausweitung führen. Bei beiden Abweichungen der Geldpolitik vom potentialorientierten Kurs steht zu befürchten, daß eine nachhaltige Verbesserung des Vertrauens in die Wirtschaftspolitik ausbleibt, die ihrerseits gerade für langfristige Investitionsentscheidungen wichtig ist.

Schaubild 5



Noch keine beschäftigungsgerechte Lohnpolitik

18. Eine Änderung der lohnpolitischen Prioritäten war in der Lohnrunde 1982 nicht zu erkennen. Die Lohnabschlüsse sind zwar unter dem Druck der anhaltend schlechten Konjunkturlage und der hohen Arbeitslosenzahlen deutlich niedriger ausgefallen als in den Vorjahren, doch war die Lohnzurückhaltung nicht ausgeprägt genug, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Auch zu einer nennenswerten Differenzierung der Abschlüsse nach Branchen und Regionen, die hätte helfen können, die strukturellen Arbeitsmarktprobleme zu lindern, ist es nicht gekommen. Berücksichtigt man, wie einhellig das Lob für den „zurückhaltenden“ Lohnabschluß seitens der Beteiligten und der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen ausfiel, so ist auch für die kommende Lohnrunde nicht damit zu rechnen, daß sich die Tarifparteien auf eine Lohnpolitik einigen, die vor allem von der Verantwortung für die Beschäftigung geprägt ist. Die Lohnforderungen dürften 1983 weiter von dem Bemühen bestimmt sein, die Realeinkommen zu sichern. Da für 1983 ein Preisanstieg von 3 vH erwartet wird und weil die Arbeitslosenzahl nochmals beträchtlich steigen wird, werden die Lohnabschlüsse wohl in der Größenordnung von rd. 3 vH liegen.

19. Für die Prognose wird unterstellt, daß das, was man lohnpolitischen Konsens nennt, 1983 fortbesteht. Die Lohnabschlüsse des Jahres 1982 werden aber vielfach als Vorleistung für eine Besserung der Beschäftigungslage betrachtet. Wenn die Konjunktur schwach bleibt und die Arbeitslosenzahlen weiter steigen, was wahrscheinlich ist, könnte es zu einer aggressiveren Lohnpolitik kommen. Die Regierung könnte dann versucht sein, der Verschlechterung des sozialen Klimas dadurch zu begegnen, daß sie Bestrebungen zur Verkürzung der

Arbeitszeit unterstützt. Dies würde jedoch den Lohnkostendruck erhöhen und die Fähigkeit und Neigung der Unternehmen, in neue, international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu investieren, vermindern¹.

Konsum und Investitionen erholen sich erst 1983

20. Wegen der bestehenden Ungleichgewichte und bei den oben beschriebenen Annahmen über die Wirtschaftspolitik wird der Rückgang der inländischen Nachfrage wohl erst im zweiten Halbjahr 1982 zum Stillstand kommen. 1983 dürfte der Anpassungsprozeß so weit fortgeschritten sein, daß die realen Inlandsausgaben wieder steigen. Die Erholung wird aber wohl – zumindest in der Anfangsphase – relativ bescheiden ausfallen, da die Geldpolitik – anders als nach früheren Rezessionen – den Kurs diesmal wahrscheinlich nur leicht lockert und eine potentialorientierte Geldmengenausweitung anstrebt.

21. Die privaten Haushalte werden ihre Verbrauchsausgaben auch 1982 einschränken. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, daß die Einkommen wegen des anhaltenden Beschäftigungsabbaus und der niedrigeren Lohnabschlüsse nur schwach zunehmen. Hinzu kommt, daß die Steuer- und Abgabenbelastung wieder steigt. Außerdem wird der Rückgang des Preisauftriebs auf der Verbraucherstufe durch administrative Preisanhebungen behindert, so daß die reale Kaufkraft der Einkommen weiter sinkt. Vor allem wegen der ungünstigen Arbeitsmarktaussichten und der gedämpften Einkommenserwartungen werden die Haushalte kaum weniger sparen. Erst wenn sich die Einkommenserwartungen stabilisieren – dies wird wohl 1982 nicht mehr der Fall sein –, dürfte sich das Verbrauchsklima verbessern. Bei weiter nachlassendem Preisanstieg und mit dem Ende des Beschäftigungsabbaus im Jahr 1983 dürften die Haushalte auch die realen Einkommensaussichten wieder günstiger einschätzen und die Verbrauchsausgaben ausweiten. Insgesamt wird der private Verbrauch 1983 nur geringfügig zunehmen.

22. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften 1982 weiter zurückgehen. Nur gegen Ende des Jahres ist infolge des Ablaufens der Bestellfrist für die Inanspruchnahme der Investitionszulage mit einem Anstieg der Investitionsgüternachfrage und mit höheren Investitionen zu rechnen. Die Investitionsschwäche wird sich auf nahezu alle Bereiche der Wirtschaft erstrecken. Vor allem die Käufe von Erzeugnissen des Maschinenbaus, Kraftfahrzeugen und Büromaschinen werden rückläufig sein. Günstiger wird die Entwicklung wegen anhaltender Rationalisierungsbemühungen wohl für elektrotechnische Investitionsgüter und bei Datenverarbeitungsanlagen verlaufen. Im Jahresdurchschnitt werden die realen Ausrüstungsinvestitionen 1982 um rd. 6 vH zurückgehen. 1983 dürften sich die außerordentlich stark gedrückten Gewinne weiter erholen; auch die Gewinnaussichten dürften sich aufgrund günstigerer Absatzerwartungen verbessern. Dies und Fortschritte bei der Konsolidierung der Unternehmensfinanzen werden dazu führen, daß die Investitionsausgaben der Unternehmen im Verlauf des Jahres 1983 wieder steigen. Wegen der Bestell- und Lieferfristen im Zusammenhang mit der Investitionszulage dürften die Investitionen aber nicht stetig, sondern sehr erratisch zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 1983 werden die realen Ausrüstungsinvestitionen nur wenig über dem Vorjahrsniveau liegen.

23. Im Baugewerbe sind die Auftragseingänge nach dem drastischen Rückgang bis zur Jahreswende 1981/82 zwar wieder gestiegen, doch dürfte damit noch nicht das Ende der Talsohle erreicht sein. 1982 wird mit einem erneuten deutlichen Rückgang der Bautätigkeit

¹ Vgl. Rüdiger Soltwedel, Norbert Walter, Arbeitszeitverkürzung – Lösung für die wirtschaftlichen Probleme der 80er Jahre? Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 141, Kiel, April 1982.

gerechnet. Die Abnahme der Bauinvestitionen wird für das Jahr insgesamt auf rd. 6,5 vH geschätzt. Der Rückgang der Bauinvestitionen wird im öffentlichen Bau am ausgeprägtesten sein. Insbesondere die Gemeinden werden infolge niedrigerer Zuweisungen von den Ländern und nur schwach steigender Steuereinnahmen ihre Investitionen kräftig kürzen. An der Entwicklung der Baugenehmigungen läßt sich ablesen, daß sich der Rückgang der Wohnungsbauminvestitionen auf den Ein- und Zweifamilienhausbau beschränkt, wohl vor allem, weil nach Abschaffung der Begünstigungen für das „unechte“ Zweifamilienhaus unter steuerlichen Gesichtspunkten nur der Bau von Mehrfamilienhäusern attraktiv bleibt. Die Abschaffung der Umsatzsteueroption beim Bauherrenmodell ab 1.1.1985 könnte dazu beitragen, daß sich der Bau von Mehrfamilienhäusern 1982 – wenn auch auf sehr niedrigem Niveau – stabilisiert. Bei weiter sinkenden Zinsen und angesichts der Heraufsetzung der Höchstbeträge bei den Abschreibungen und der degressiven Abschreibungssätze sowie der Verlängerung des Heizenergiesparprogramms dürfte sich die Baunachfrage im Verlauf des Jahres allmählich beleben. 1983 werden die Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt wohl den Stand des Jahres 1982 wieder erreichen..

24. Die reale Wareneinfuhr dürfte im weiteren Verlauf des Jahres 1982 wohl kaum steigen. Bei zunächst insgesamt sinkender Inlandsnachfrage wird die Einfuhr von Investitions- und Verbrauchsgütern weiter zurückgehen. Dafür spricht auch, daß die günstige Wettbewerbsposition der deutschen Anbieter durch das Realignment im EWS nicht entscheidend beeinträchtigt worden ist. Da die Produktionstätigkeit zunächst wohl noch schwach bleiben wird, sind vorerst keine Impulse für die Einfuhr von Vorprodukten zu erwarten. Auch die Preisentwicklung auf den Weltrohstoffmärkten dürfte noch gedrückt bleiben und keinen Anlaß bieten, die zurückhaltenden Lagerdispositionen zu ändern. Hinzu kommt, daß die fortgesetzte Energieeinsparung sich wohl in weiterhin sinkenden Importen von Mineralöl niederschlagen wird. Erst bei sich stabilisierender Binnenkonjunktur zum Jahresende 1982 ist wieder eine Expansion der realen Wareneinfuhr zu erwarten. Sie dürfte im ersten Halbjahr 1983 vor allem durch die Lageraufstockung bei Vorprodukten zusätzliche Impulse erhalten, im weiteren Verlauf des Jahres wird dann auch – entsprechend der steigenden Inlandsnachfrage – die Einfuhr von Fertigwaren zunehmen.

Konjunkturrisiko durch den Export

25. Von der Auslandsnachfrage sind 1982 kaum noch produktionsstützende Wirkungen zu erwarten. Die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern dürfte sich in nächster Zeit eher noch etwas verschlechtern. Die Importnachfrage der OPEC-Länder wird unter dem Eindruck der deutlich sinkenden Öleinnahmen erheblich weniger zunehmen als bisher. Von den Entwicklungsländern und den Staatshandelsländern ist weiterhin keine Zunahme der Bestellungen zu erwarten. Viele dieser Länder haben infolge mangelnder Deviseneinnahmen bereits drastische Importbeschränkungen verfügt; andere dürften folgen. Zudem werden die Impulse aus der wechselkursbedingten Verbesserung der Wettbewerbslage der deutschen Exporteure wohl nach der schon lange überfälligen Paritätskorrektur im EWS merklich nachlassen. Allein wegen des hohen Überhangs wird die Ausfuhr 1982 im Jahresdurchschnitt nochmals einen deutlichen Zuwachs aufweisen.

26. Mit der konjunkturellen Erholung in den westlichen Industrieländern im Jahre 1983 wird auch die Importnachfrage dieser Länder wieder expandieren. Dies dürfte dazu führen, daß auch die deutsche Ausfuhr in diese Region zunimmt. Die OPEC-Länder und die Entwicklungsländer werden nur mit Verzögerung Impulse von den konjunkturellen Aufschwungstendenzen in den Industrieländern erhalten, so daß die Importnachfrage dieser Länder

frühestens gegen Ende 1983 wieder stärker steigen dürfte. Dämpfend wird sich auf den Exportanstieg auswirken, daß die wechsellkursbedingten Preisvorteile deutscher Anbieter 1983 wohl weiter abnehmen. Insgesamt wird die deutsche Ausfuhr 1983 somit wohl nur wenig über dem Niveau des Vorjahres liegen.

27. Die Exportprognose basiert freilich auf der Annahme, daß sich die Weltkonjunktur bis zur Jahreswende 1982/83 stabilisiert und daß schwerwiegende Störungen im Welthandel und im internationalen Finanzsystem vermieden werden. Gegenwärtig überwiegen die Abschwungkkräfte in den Industrieländern. Um eine nachhaltige Wende herbeizuführen, muß die Wirtschaftspolitik vor allem das Vertrauen der Investoren und Anleger erhöhen. Nur so dürfte es gelingen, die überhöhten Realzinsen zu reduzieren. Je weniger hier sichtbare Fortschritte erzielt werden, desto geringer sind die Chancen für eine tragfähige Erholung und desto größer ist die Gefahr, daß es zu unvorhersehbaren Wechselkursausschlägen kommt und daß die Länder aus kurzfristigen Beschäftigungsgründen hierauf mit protektionistischen Maßnahmen reagieren. Damit wüchse auch die Gefahr, daß viele der stark verschuldeten Länder in Zahlungsschwierigkeiten geraten und daß das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Banken im Sog dieser Entwicklung Schaden erleidet. Von einer solchen kumulativen Abwärtsbewegung wäre auch die Wirtschaft der Bundesrepublik wegen ihrer starken außenwirtschaftlichen Verflechtung erheblich betroffen. Daß es so kommt, ist nicht sehr wahrscheinlich; angesichts der Orientierungslosigkeit der Wirtschaftspolitik in vielen Ländern ist dieses Risiko jedoch nicht zu vernachlässigen.

Nochmaliger Rückgang des Sozialprodukts

28. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird bei weiterhin rückläufigen Inlandsausgaben und schwächer werdenden Exporten im Sommerhalbjahr 1982 wohl erneut zurückgehen. Das reale Sozialprodukt dürfte daher im Jahresdurchschnitt wiederum leicht unter dem des Vorjahres liegen (Tabelle 1); erst 1983 ist wieder mit einem Anstieg zu rechnen. Er dürfte allerdings nur halb so hoch sein wie die Bundesregierung gegenwärtig erwartet. Die Zahl der Arbeitslosen wird somit nicht nur wegen des steigenden Arbeitskräfteangebots, sondern auch aus konjunkturellen Gründen steigen; sie wird im Jahresdurchschnitt 1982 bei 1,8 Millionen liegen und 1983 die 2-Millionen-Grenze überschreiten.

Nachlassender Preisauftrieb

29. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich die Beruhigung des Preisklimas fortsetzen (Schaubild 6). Stabilisierend wirken die weiterhin nachgebenden Preise auf den Rohstoffmärkten. Die anhaltende inländische Nachfrageschwäche dürfte auch den Preisanstieg auf den Inlandsmärkten dämpfen. Aus produktionszyklischen Gründen sind die Erzeugerpreise für Schlachtvieh unter Druck geraten, so daß die Fleischpreise, die 1981 den Preisanstieg verstärkt hatten, eher nach unten tendieren. Diesen preisdämpfenden Faktoren steht entgegen, daß administrative Preise und Verbrauchsteuern beträchtlich erhöht werden. Dadurch wird der Prozeß der Preisberuhigung jedoch lediglich überdeckt und verlangsamt. Am Jahresende dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr bei 4 vH liegen.

Die weitere Abschwächung des Kostenauftriebs bei anhaltender Aufwertungstendenz der D-Mark wird angesichts geringer Überwälzungsspielräume ein Anhalten der Preisberuhigung zulassen. Im Jahresdurchschnitt 1983 dürfte der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe bei rd. 3 vH liegen. Das Risiko, daß die Inflationsrate 1983 noch merklich höher ist, weil der Stabilisierungsprozeß durch überhöhte Lohnabschlüsse oder durch einen Inflationsimport -

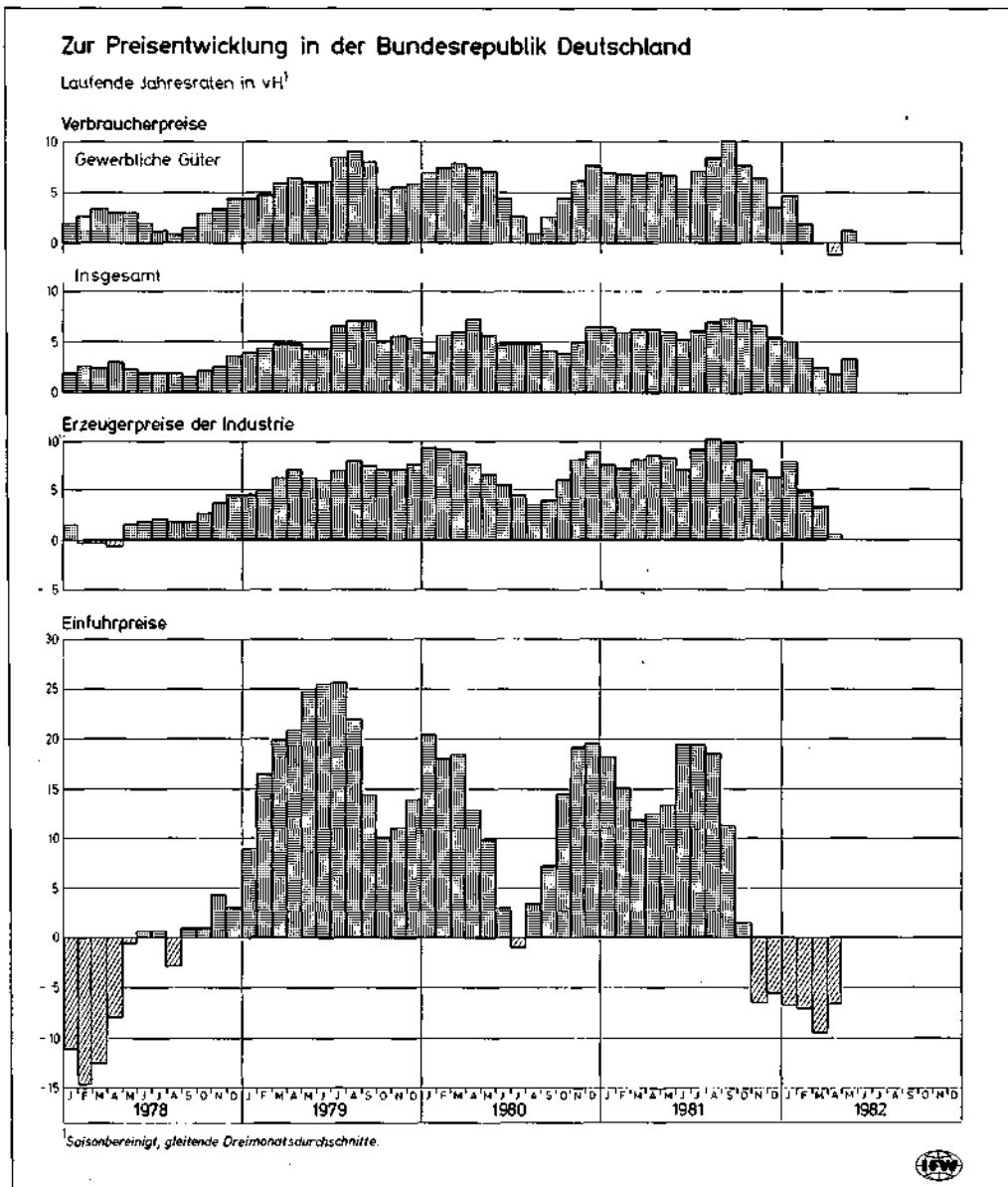
Tabelle 1 - Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland
1978-1983
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH -

	1978	1979	1980	1981	1982 ¹	1983 ¹
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch	6,6	7,3	7,2	4,8	3,5	4,5
Staatsverbrauch	7,4	8,3	9,2	7,1	4,5	3,0
Ausrüstungsinvestitionen	10,5	12,1	6,8	0,6	-2,5	5,0
Bauinvestitionen	9,1	17,2	14,5	1,2	-4,0	2,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(9,4)	(25,6)	(18,9)	(-0,8)	(0)	(9,0)
Ausfuhr	5,3	10,0	12,4	14,8	11,0	6,5
Einfuhr	3,2	18,9	17,3	11,1	6,0	6,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(37,25)	(13,27)	(-3,10)	(12,20)	(38,0)	(39,5)
Bruttosozialprodukt	7,5	8,3	6,7	4,0	4,0	4,5
Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1970						
Privater Verbrauch	4,0	3,3	1,7	-1,1	-1,0	1,0
Staatsverbrauch	4,2	3,3	2,8	2,1	1,0	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	8,2	9,5	2,9	-3,1	-6,0	2,5
Bauinvestitionen	2,9	7,6	4,1	-3,4	-6,5	0
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	(6,6)	(17,4)	(12,1)	(-0,5)	(0)	(8,0)
Ausfuhr	4,1	5,8	5,9	8,9	5,5	2,5
Einfuhr	5,2	11,0	5,8	2,1	2,5	3,5
Außenbeitrag (Mrd. DM)	(25,70)	(15,74)	(16,90)	(35,90)	(46,0)	(43,5)
Bruttosozialprodukt	3,6	4,4	1,8	-0,3	-0,5	1,5
Preisniveau des Bruttosozialprodukts (1970 = 100)						
Privater Verbrauch	2,6	3,9	5,4	5,9	5,0	3,0
Ausrüstungsinvestitionen	2,2	2,4	3,8	3,8	3,5	2,5
Bauinvestitionen	6,1	8,9	10,0	4,8	2,5	2,0
Ausfuhr	1,2	4,1	6,2	5,4	5,0	4,0
Einfuhr	-1,9	7,2	10,9	8,8	3,5	3,0
Bruttosozialprodukt	3,8	3,7	4,9	4,3	4,5	3,0
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1970						
Arbeitsvolumen	-0,1	0,8	0,2	-1,6	-2,5	-1,5
Produktivität	3,3	3,7	1,7	1,6	2,0	3,0
Bruttoinlandsprodukt	3,2	4,5	1,9	0	-0,5	1,5
Einkommensverteilung						
Volkseinkommen	7,4	7,8	6,0	3,4	3,5	4,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,1	8,3	0,4	-0,9	6,0	9,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	6,7	7,7	8,3	5,0	2,5	2,5
in vH des Volkseinkommens	71,0	70,9	72,4	73,6	73,0	71,5
Lohnkosten je Produkteinheit ²	2,9	2,5	5,7	4,8	3,0	1,0
Staat³						
Einnahmen	6,5	7,3	6,9	3,9	4,5	3,0
Ausgaben	7,1	8,0	8,1	6,3	4,5	3,5
Finanzierungssaldo	-34,5	-41,0	-51,1	-69,9	-74,0	-78,0

¹ Geschätzt. - ² Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. - ³ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden 1982, H. 3. - Eigene Schätzungen.

Schaubild 6



als Folge krisenbedingter Rohstoffpreissteigerungen oder verzögerter Wechselkurskorrekturen – unterbrochen wird, ist freilich ebenso gegeben wie die Gefahr einer Deflation bei erneutem Kollisionskurs zwischen Geld-, Lohn- und Finanzpolitik.

Fehlleitung der Marktkräfte durch die Finanzpolitik

30. Ausgangspunkt der gegenwärtigen Rezession war der Übergang der Geldpolitik auf einen Restriktionskurs, mit dem der zunehmende Inflationsdruck, der aus dem Zusammenwirken von zu laxer Geldpolitik, expansiver Finanzpolitik, Importverteuerung und Ölpreis-

schub resultierte, bekämpft werden sollte. Insofern ist die konjunkturelle Talfahrt eine Stabilisierungskrise, die unvermeidlich eintritt, wenn Inflationsraten und Inflationserwartungen wieder abgebaut werden sollen. Wegen der unerwartet abrupten wirtschaftspolitischen Bremsmanöver fiel die Kollision zwischen Geldpolitik und Lohn- und Preispolitik und damit auch der Rückgang von Investitionen und Verbrauch besonders heftig aus. Der anhaltende Abschwungprozeß zeigt, daß die notwendige Anpassung der Löhne und Preise noch nicht stattgefunden hat. Überzogene Lohn- und Preisvorstellungen sind noch immer ein Hemmnis für eine wirtschaftliche Erholung. Solche Marktunvollkommenheiten sind zwar immer vorhanden, sie sind aber in den siebziger Jahren durch die Wirtschafts- und Sozialpolitik kräftig verstärkt worden. So hat der Staat mit Unterstützung der Geldpolitik häufig überzogene Lohnsteigerungen und Preisforderungen durch immer neue Beschäftigungsprogramme und Subventionen legitimiert. Er hat dadurch verhindert, daß Arbeitnehmer und Unternehmen sich ihrer Verantwortung für einen hohen Beschäftigungsstand bewußt wurden.

31. Zugleich ist die soziale Sicherung in den siebziger Jahren immer mehr zu einem System ausgebaut worden, bei dem Leistung und Gegenleistung immer weniger an den Grundsätzen des Versicherungsprinzips orientiert werden. Auf diese Weise hat der Staat den Raum für selbstverantwortliches Handeln eingeschränkt und die Leistungsanreize vermindert. Manches davon ist mittlerweile zwar wieder zurückgenommen worden, weil es nicht mehr finanzierbar war, aber insgesamt hat diese Entwicklung dazu beigetragen, die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft zu vermindern, was in einer Restriktionsphase wie der gegenwärtigen bewirkt, daß der Anstieg der Arbeitslosenzahlen stärker ist und daß es schwieriger ist, die Arbeitsmarktprobleme wieder zu bereinigen.

32. Die Ausweitung der Aufgaben hat die Anforderungen an den Staat erhöht und damit auch die Belastung derjenigen, die den Staat letztlich finanzieren. Der Anteil der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge am Nettosozialprodukt ist von 1970 bis 1980 um etwa 6,5 Prozentpunkte auf 46,2 vH gestiegen. Damit war die Zunahme fast doppelt so hoch wie in den sechziger Jahren. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen. Insofern haben die kräftig steigenden Lohnkosten der Unternehmen nicht zu entsprechend steigenden Lohneinkommen geführt, sondern sind vor allem in die Kassen des Staates geflossen.

33. Durch die Zunahme der staatlichen Abgaben ist der Steuerwiderstand gewachsen, was sich in einem verstärkten Abwandern in die Schattenwirtschaft niederschlägt. Die Wirtschaftssubjekte entgehen so – zumindest teilweise – der staatlichen Belastung, gleichzeitig verschärfen sich aber die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Haushalte, da die Einnahmen schwächer steigen. Es wäre kontraproduktiv, wenn der Staat versuchte, die immer größer werdenden Haushaltslöcher nun – wie es von einigen vorgeschlagen wird – durch Ergänzungsabgaben, höhere Einkommensteuern und höhere Sozialversicherungsbeiträge zu stopfen. Statt dessen erscheint es notwendig, daß der Staat sich auf die Aufgaben beschränkt, die er effizient durchführen kann, und die Ausgaben und Steuern entsprechend reduziert.

Verlässliche Neuorientierung der Finanzplanung erforderlich

34. Eine Zurückdrängung der staatlichen Ansprüche an das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential wird von der Bundesregierung angestrebt. Jedoch fehlt es dazu bisher an einer konsistenten mittelfristigen Konzeption. Notwendig wäre vor allem, nicht nur die Ausgaben und Einnahmen mit bestimmten Raten festzuschreiben, sondern sie so umzugestalten,

daß von den Sozialleistungen und von den Steuern weniger dämpfende Effekte auf die Leistungs- und Investitionsbereitschaft ausgehen. Statt dessen orientiert sich die Finanzplanung der Bundesregierung nur an bestimmten Zielgrößen für das Staatsdefizit. Die Finanzpläne basieren auf überhöhten Annahmen über das Potentialwachstum. Außerdem wird die künftige Inflationsrate regelmäßig mit 3-4 vH veranschlagt, statt die gesetzliche Verpflichtung auf Preisstabilität in den Plänen zu beachten.

35. Die Bundesregierung sollte bei ihrer Finanzplanung realistische Annahmen hinsichtlich des Potentialwachstums zugrunde legen und einen schrittweisen Rückgang der Inflationsrate unterstellen. Dann würde sichtbar, daß bei sinkenden Inflationsraten die Steuereinnahmen schwächer steigen als in den gegenwärtigen Planungen unterstellt. Zwar nehmen dann auch einige Arten von Ausgaben schwächer zu, andere Ausgabenarten folgen aber der tendenziellen Abschwächung des Nominaleinkommensanstiegs nur mit Verzögerung; dies gilt etwa für die Rentenzahlungen, aber auch für die Zinszahlungen des Staates. Bei abnehmenden Inflationsraten und bei gegebenen Einnahmen- und Ausgabenregelungen fallen damit die Staatsdefizite im Verhältnis zum nominalen Bruttosozialprodukt größer aus. Der Konsolidierungsbedarf, der bei höheren Preis- und Einkommenssteigerungen verdeckt wird, wird damit deutlich.

36. In den letzten Jahren hat es zwar einige Abstriche bei den Leistungsgesetzen gegeben, doch steht eine grundlegende Umorientierung der Sozialpolitik noch aus. Im Rahmen einer solchen Umorientierung sollten Maßnahmen ergriffen werden, die den Spielraum für eigenverantwortliches Handeln erweitern. Beispiele dafür sind die Stärkung des Versicherungsprinzips in der Renten- und Krankenversicherung und die Beseitigung der Subventionierung der Ausbildungsförderung².

37. Bei dem Bestreben, die staatlichen Ausgabenpläne an die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung bei weiter abnehmenden Inflationsraten anzupassen, sollte auch die Notwendigkeit investiver Ausgaben überprüft werden. So ist es angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen und angesichts der künftigen Änderung der Bevölkerungsstruktur wohl angebracht, die staatlichen Investitionen im Schul- und Hochschulbau nicht mehr zu erhöhen, sondern sogar sinken zu lassen. Auch im Personalbereich sind Anpassungen an die demographische Entwicklung durch mehr Flexibilität beim Personaleinsatz zu sichern; zusätzliche Arbeitskräfte sollten daher verstärkt auf der Basis von Zeitverträgen eingestellt werden. In den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst sollte mehr als in der Lohnrunde 1982 berücksichtigt werden, daß die Arbeitsplätze im staatlichen Bereich sicherer als im privaten Bereich sind. Dies muß sich in geringeren Tariflohnanhebungen niederschlagen, wenn Sicherheit des Arbeitsplatzes einen hohen Preis hat.

38. In der mittelfristigen Finanzplanung muß auch berücksichtigt werden, daß die Einkommenselastizität des Steuersystems wegen des progressiv gestalteten Einkommensteuertarifs größer als Eins ist und daß daher von Jahr zu Jahr Einkommensteuerentlastungen erforderlich sind. Der Verzicht auf regelmäßige Steuerentlastungen führt dazu, daß die wachstumshemmende Wirkung der Besteuerung zunimmt, mit der Folge, daß das anvisierte Wachstum nicht erreicht wird und die Einnahmehäufungen letztlich größer sind als die, die durch eine Korrektur des Einkommensteuertarifs entstanden wären. Die negativen Wirkungen einer inflationsbedingt höheren marginalen Steuerbelastung auf die Leistungs- und Investitionsbereitschaft lassen sich am besten durch die Einführung eines indexierten Steuertarifs vermeiden.

² Zu weiteren Vorschlägen dazu vgl.: Verzögerter Aufschwung. Thesen zum 23. Kieler Konjunkturgespräch. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 75, Kiel, März 1981, S. 27 f.

Lohnpolitik muß beschäftigungsgerechten Kurs einschlagen

39. Eine wachstumsfördernde Finanzpolitik und eine potentialorientierte Geldpolitik können zwar zu einer Erholung der Investitionstätigkeit beitragen, sie können jedoch nicht die Arbeitsmarktprobleme lösen. Dies ist vornehmlich Aufgabe der Lohnpolitik. Solange die Arbeitslosigkeit groß ist oder sogar noch steigt, darf nicht der tatsächlich erzielte Produktivitätsanstieg, korrigiert um die Veränderung der Terms of Trade, als Anhaltspunkt für die Lohnabschlüsse zugrunde gelegt werden. Zu berücksichtigen ist vielmehr, daß der Produktivitätsanstieg nur deshalb so hoch ausfällt, weil Arbeitskräfte entlassen bzw. nicht eingestellt werden, deren Produktivität unterdurchschnittlich ist. Wie stark der „beschäftigungsneutrale“ Produktivitätsfortschritt unter dem tatsächlichen liegt, ist empirisch kaum zu ermitteln.

Da gegenwärtig ein Beschäftigungsanstieg oberstes wirtschaftspolitisches Ziel ist, müßten die Realloohnerhöhungen noch unterhalb des beschäftigungsneutralen Produktivitätsanstiegs liegen. Die genannten Bestimmungsfaktoren für den Reallohnanstieg entziehen sich jedoch der Meßbarkeit. Maßstab dafür, ob die Löhne angemessen sind, ist daher letztlich die Beschäftigungsentwicklung. Bei der Lohnpolitik sind auch die Fortschritte bei der Preisniveaustabilisierung in Rechnung zu stellen, um zu verhindern, daß es wegen zu hoher Inflationserwartungen zu einem ungewollten Anstieg der Reallöhne kommt. Bei einer zurückhaltenden Lohnpolitik wird auch die Lohndrift zunehmen und zu einer stärkeren Abstufung der Löhne führen; dies trägt dazu bei, die Beschäftigungschancen der Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

SUMMARY

Federal Republic of Germany: Heading for a Further Decline in Real GNP

1. Despite a vigorous increase in exports, overall production continued to stagnate during winter 1981/82. Capacity utilization further decreased and unemployment rose to some 1.8 million in early summer 1982. Inflation rates have been decelerating since early 1982, approaching some 5 per cent on a year-over-year basis lately. The current account has been roughly balanced since autumn 1981.

2. During winter 1981/82 real domestic expenditures declined markedly. In the first quarter of 1982 they were some 4.5 per cent lower than at the beginning of the recession two years ago. The downturn was triggered by the restrictive monetary and fiscal policy. Domestic demand and employment declined so strongly because of wage and price rigidities. Wage settlements were agreed upon that only hesitantly and insufficiently took into account the marked increase in unemployment. Partly inspired by vigorously expanding demand from abroad, firms did not adequately react to the weak domestic demand by moderating price increases.

3. Exports have been the main factor preventing a decline in production in winter 1981/82. In view of the worldwide recession the expansion of German exports was remarkably high. Most important for this was the favourable competitive position of German exporters resulting from the strong real depreciation of the Deutsche Mark. Especially in OPEC-countries German suppliers gained market shares. The expectation of the realignment within the EMS stimulated exports to France and Belgium in spring 1982.

4. However, since the beginning of 1982 the increase in exports has weakened perceptibly. Deliveries to the United States are stagnating due to the ongoing recession. Exports to OPEC-countries are flattening out and demand from the LDCs is suffering from declining raw material prices. The Comecon members have cut back their imports due to their high international indebtedness.

5. As to fiscal policy, there has not yet been a decision for a supply-side oriented economic policy. At the same time, the government is continuing its efforts to check the increase of the public sector's deficit. Since the federal government's budget plan for 1983 is based on assumptions concerning unemployment and output that seem to be rather optimistic, additional fiscal policy measures are likely to be considered necessary in order to avoid that the public sector deficit substantially exceeds the budget estimates. Judging from the 1981 experience, it is highly probable that the discussion on additional expenditure cuts and tax increases will continue into 1983 and thus induce uncertainty. This will not only dampen investment in producer and consumer durables, but also delay the decline of interest rates.

6. Whereas in previous recessions monetary policy rather quickly adopted a markedly expansionary policy, this time there is a good chance that a relatively strong dollar will induce the Bundesbank to only allow a moderate monetary expansion, more or less in line with the rate of growth of potential output. It will take some time before the easing of monetary policy will lead to an improvement of profit and income expectations. The cost pressure will diminish only gradually. Demand is not likely to recover before the deceleration of inflation has led to a noticeable acceleration of real monetary balances and interest rates have declined considerably. Only then will profit expectations improve and investment activity go up.

7. Because of the recession and the high level of unemployment, wage increases in 1982 were considerably lower than in previous years. Wage policy, however, was not conducive to reducing unemployment. Considering the positive assessment of the 1982 wage round by government, central bank and employers' associations, the next wage round will also not end up with settlements compatible with a higher level of employment. Wage claims will probably aim at securing the existing level of real wages. As the average inflation rate for 1983 is expected to decline to some 3 per cent and as the number of unemployed will exceed 2 million in early 1983, wage settlements around 3 per cent are probable.

8. Due to a weak domestic and international economy, German real GNP will continue to decrease in summer 1982. For 1982 real GNP on a year-over-year basis will be slightly below its 1981 level (see table 1 in the article). Only in 1983 will real GNP rise again; the increase, however, will only be half the rate the government expects. Unemployment will continue to rise because of cyclical reasons but also because of the increase in the labour force. The number of unemployed will be 1.8 million on average in 1982; it will surpass 2.0 million in 1983.

9. Inflation is expected to decelerate significantly in the course of 1982. Decreasing raw material prices as well as the weakness of domestic and foreign demand will help to dampen inflation. The year-over-year increase in consumer prices will be around 4 per cent the end of 1982. The continuation of the deceleration of cost pressures and the appreciation of the Deutsche Mark will allow a further unwinding of inflation in 1983. The year-over-year increase in consumer prices will then be some 3 per cent.